

Noch in dieser Ausgabe:

Der LinksTreff bleibt	S. 4	Das bestmögliche Schicksal...	S. 10
Bericht aus der BVV	S. 5	Deckname David	S. 12
Als die Mütze vom Kopf fiel...	S. 6	Frühling im Wedding	S. 14
Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet	S. 8	Jugendpolitik in Mitte	S. 16

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

Die Manipulationsmacht der Berichterstattung

Weddinger Blutmai

Auszug eines Artikels von Werner Schulten

Am 13. Dezember 1928 ordnet der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski ein Demonstrationsverbot für Berlin an, das der ebenfalls sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel unterzeichnet.

Die sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts“ schreibt am 19. April: 1929: „**Die KPD will Tote... sie fordert auf, Zusammenstöße zu provozieren.**“

Am 20. April: „**KPD braucht Leichen! Sie wünscht Schüsse am 1. Mai.**“

Im Polizeibericht über die Versammlung der Maikomitees der KPD vom 29. April wird Wilhelm Pieck zitiert: „*Die Partei wolle eine friedliche und unbewaffnete Demonstration.*“

Die „Vorwärts“ am 29. April: „200 Tote am 1. Mai: Verbrecherische Pläne der Kommunisten. Nach Mitteilung des sozialdemokratischen Vorsitzenden Künstler hat am 25. April die kommunistische Bezirksleitung im Karl-Liebknecht-Haus getagt, um die endgültigen Aufmarschpläne festzulegen. Dabei wurde von der Bezirkslei-

tung mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass man mit etwa 200 Toten rechne... Vielleicht hofft man auch, dass bei Zusammenstößen am Alexanderplatz Demonstranten in die Baugruben der Untergrundbahn gehetzt werden können, so dass man auf diese Art zu 200 Toten käme, die man unbedingt für die Kommunistische Agitation braucht.“



Die politische Polizeiabteilung IA fertigte über alle Sitzungen der Bezirksleitung der KPD detaillierte Berichte an, da sie über mindestens einen Informanten dort verfügte. Über den 25. April gibt es keinen Bericht, da an diesem Tag ausnahmsweise gar keine Bezirksleitungssitzung stattgefunden hat.

1. Mai: Die Polizeibeamten sind gereizt. Seit mehreren Tagen befinden sie sich im Alarmzustand. Seit 7 Uhr früh in höchster Alarmbereitschaft. Die Äußerung von Innenminister Grzesinski im Landtag „**Ich werde die Beamten, wenn sie in berechtigter Erregung sich gelegentlich einen Übergriff zuschulde kommen lassen, decken**“ spielt eine verhängnisvolle Rolle beim Vorgehen der Polizeioffiziere und Mannschaften.

Vor allem zahlreiche Dachschützen in der Kösliner Straße bereiten den Ordnungskräften Probleme.

Der „Vorwärts“ berichtet später: **„Ein Leutnant der Schutzpolizei war über eine Stunde in einem Haus eingeschlossen. Bei jedem Versuch, das Haus zu verlassen, schlug den Beamten von den umliegenden Dächern ein prasselndes Feuer entgegen. Durch einen Zufall hatte die Polizei trotz Geschosshagels keine Verletzten, doch sind 14 Karabiner dadurch unbrauchbar geworden, dass sie in den Händen der Beamten zerschossen wurden.“**

Nach polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Unterlagen wurden während des gesamten Blutmai zwei angebliche Dachschützen auf einem Dach in der Kösliner Straße verhaftet, wovon einer eine Waffe bei sich trug, die in einem Polizeibericht folgendermaßen beschrieben wurde: „Wenn auch die Waffe auf größere Entfernung fast unwirksam ist, so ist

doch zu bedenken, dass sie in ihrer Knallwirkung geeignet ist, Unruhe in der Bevölkerung zu erregen.“ Der gerichtliche Sachverständige sprach von einer „Flobert-Pistole, deren Handhabung für den Schützen am gefährlichsten ist.“

Die zwei Verhafteten wurden später frei gesprochen. Auf den Dächern wurde keine einzige Patronenhülse gefunden.

Aus dem „Erfahrungsbericht vom 41. Polizeirevier: „Gegen 18 Uhr 30 wurde in großer Eile die Kösliner Straße von der Weddinger



Straße aus durch Barrikaden gesperrt.“

Die beiden Zeitungen „Tag“ und „Nachtausgabe“ berichten später hierzu fast identisch: **„Hinter der Barrikade nahmen etwa 100 Kommunisten mit Waffen in der Hand Aufstellung. Gleichzeitig wurden fast sämtliche Fenster geöffnet, und in ihnen erschienen ebenfalls, mit Pistolen in der Hand, zerlumpte Gestalten. Auch die Dächer der Häuser waren besetzt, und plötzlich, als eine Polizeistreife in einem offenen Streifenwagen vorüberfuhr, setzte von allen Seiten ein mörderisches Feuer ein...Erst nach mehr als einstündigem Kampf, bei dem etwa 2.000 Schüsse gefallen waren, war es den**

Polizeimannschaften gelungen, die Barrikade zu erreichen.“

An den sogenannten „Barrikaden“ wurde kein einziges Opfer gefunden, die Mehrzahl der Weddinger Getöteten wurden in ihren Wohnungen, Hausfluren oder Höfen erschossen, wie die Berichte aus den amtlichen „Leichensachen“ ergaben.

Es wurden auch keine Patronenhülsen an den Barrikaden gefunden.

Aus einem internen Verlaufsbericht des Kommandos der Schutzpolizei: **„Es wurde eine gründliche Untersuchung der Kösliner Straße vorgenommen. Hierbei wurde eine recht erhebliche Anzahl von Waffen aller Art gefunden.“**

Während des gesamten Blutmai wurden im Wedding nach den Unterlagen der zuständigen Staatsanwaltschaft und Gerichtsakten insgesamt 3 Schusswaffenträger verhaftet und die Bilanz der gigantischen Hausdurchsuchungen nach Waffen ergaben 4 brauchbare Revolver,

Aus den veröffentlichten Angaben des Polizeipräsidenten: *„Beschlagnahmte Schusswaffen in der Kösliner Straße; 1 Trommelrevolver, 1 unbrauchbarer Trommelrevolver, 1 Ortgies-Pistole, 2 Taschenteschnings.“*

Dem Archiv der Polizei ist zu entnehmen, dass die Beamten 10.981 Schüsse abgegeben haben, davon 7.885 aus Pistolen und 3.096 aus Karabinern oder Maschinengewehren.

Aus den „Leichensachen“ der Polizeiabteilung I A ergibt sich,

a) dass kein einziges Todesopfer mit irgendwelchen Waffen gefunden worden war.

b) dass in keinem Fall zu beweisen ist, dass das Todesopfer ein Demonstrant war, dagegen ist in der weit überwiegenden Mehrheit der Fälle nachgewiesen, dass der Getötete unbeteiligt war.

c) dass von allen 32 getöteten Personen nur eine Mitglied einer kommunistischen Organisation war.

Die Bilanz der Opfer bei der Polizei im Wedding laut amtlichem Bericht des Polizeipräsidenten:

Franz B., Vorfall: Martin-Opitz-Straße, 4. Bereitschaft Nord. Verletzung des Mittelhandknochens der linken Hand durch Bierseidel. Hauskrank.

Polizeioberwachtmeister Hermann M., Vorfall Rügener Straße, Ecke Putbusser Straße. Schlag ins Gesicht, 1 Zahn ausgeschlagen, starke Wangenschwellung und kleine Wunden. Hauskrank.

Die Bilanz der amtlich registrierten Opfer der Polizei vom 1. bis 3. Mai in ganz Berlin:

0 getötete Beamte, 0 durch Schuss verletzte Beamte, 2 ins Krankenhaus überwiesene Beamte, 13 als verletzt anerkannte Beamte. Die meisten hiervon wurden mit „hauskrank“ vermerkt. Die Verletzungen gehen von *„durch Fausthieb leicht im Gesicht verletzt“* über *„Verstauchung des rechten Handgelenks“* oder *„beim Laufen gefallen“* bis *„durch Wurf mit einem Bierseidel dienstunfähig“*

Die nazistische „Arbeiterzeitung vom 5. Mai trägt als Balkenüberschrift über die ganze erste Seite: **„Zörgiebel mordet Marx“. Gleichzeitig propagiert Goebbels, alle Kommunistenführer hätten ihre Anhänger im Stich gelassen.**

Die NSDAP erzielt ihren ersten großen Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen am 12. Mai 1929.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 17. Mai: *„Das starke Anwachsen der Nationalsozialisten ist mindestens zum Teil auf Rechnung der blutigen Vorgänge in Berlin zu setzen.“*

Der komplette Text als PDF unter www.linkstreff.de

Trotz alledem

Drum jeder fleh', daß es gescheh',
 Wie es geschieht **trotz alledem**,
 Daß Wert und Kern, so nah wie fern,
 Den Sieg erringt **trotz alledem!**
Trotz alledem und **alledem**,
 Es kommt dazu **trotz alledem**,
 Daß rings der Mensch die Bruderhand
 Dem Menschen reicht **trotz alledem!**
 Ferdinand Freiligrath

Der LinksTreff lebt

Es klingt vielleicht weit hergeholt, aber trotzdem ist ein wenig Programm und Realität aus den Zeilen der letzten Strophe des Gedichtes „**Trotz alledem**“ von Ferdinand Freiligrath auf unsere Situation zu übertragen.

Wir haben gekämpft, sind unterlegen, haben aber nicht verloren. Wir haben die Solidarität vieler gespürt. Wir sind wieder da. Wir haben in den vergangenen Tagen erfahren, wo unsere Freunde sind und wo die agieren, die uns Steine in den Weg gelegt haben. Wir konnten feststellen, dass schwere Zeiten auch dazu dienen die Reihen zu stärken. Die Mitglieder unserer Basisorganisation haben nicht resigniert, im Gegenteil, sie und viele aus unserer Partei und auch Menschen, die nicht in der Linken organisiert sind, haben ihre Empörung und ihren Zorn positiv umgesetzt. Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde selbst über die Stadtgrenzen hinaus haben uns in die Lage versetzt, unseren Anspruch als eine verlässliche sozialistische Kraft im Wedding fortzusetzen und auszubauen. Selbst Menschen aus dem Norden unseres Landes haben erkannt, dass man den „Roten Wedding“ und wenn es selbst ein kleines Pflänzchen ist nicht plattmachen kann und plattmachen darf. Einige, die viel näher dran sind, haben das bis heute nicht erkannt.

Was taten wir, wir gründeten den Trägerverein LinksTreff Wedding e. V. Wir mieteten neue Räume im Kiez an. Wir richteten sie mit der Tatkraft vieler GenossInnen ein. Wir statteten sie mit Hilfe vieler solidarischer Spenden so aus, dass die Arbeit der Weddinger Basisorganisation wieder anlaufen konnte.

Wir werden nach und nach unsere Angebote im Kiez ausbauen. Die anwaltliche Beratung zu sozialen Fragen gibt es jetzt auch wieder. Ab Mai immer am ersten Mittwoch im Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr. Jeden Donnerstag gibt es wieder die Möglichkeit, Hilfe und Antworten zu Fragen und Problemen zu Hartz IV zu bekommen. Am selben Tag findet auch das



traditionelle Treffen der ImmigrantInnen aus dem Kiez statt. Der Linkstreff ist wieder jeden Werktag von 16.00 bis 19.00 Uhr geöffnet. Das ist der Istzustand, aber wir haben auch noch mehr vor. Vielleicht gelingt es uns ja auch in bestimmten Abständen kulturpolitische Veranstaltungen in den neuen Räumen zu etablieren. Wir würden uns freuen, wenn wir noch Anregungen und Vorschläge für unsere Arbeit bekommen könnten.

Aber alles, und das ist leider so. hängt auch von den finanziellen Recourcen ab über die der Trägerverein verfügt, denn der muss die Kosten stemmen, das sind Miete, Strom, Telefon, Versicherung und die anderen vielen kleinen Dinge. Auch „uffn Wedding“ kostet, trotz der Tatsache, dass die Zeitung in Eigenleistung erstellt wird. Wozu diese Zeilen? Dazu, dass wir darum werben, noch weitere Fördermitglieder für den Verein zu gewinnen. Von unserer Webseite www.linkstreff.de kann Frau oder Mann sich ein Eintrittsformular runter laden. Frau oder Mann kann aber auch einfach in der Malplaquetstraße 12 vorbei

kommen und sich über unsere Arbeit in einem persönlichen Gespräch informieren.

Am 10. Mai eröffnen wir offiziell unsere Räume und laden alle Interessierten ab 14.00 Uhr dazu ein.

Zum Abschluss noch mal die letzten zwei Zeilen des Gedichtes von Ferdinand Freiligrath, die auch ein Motto für unsere Arbeit sein sollten:

Daß rings der Mensch die Bruderhand
Dem Menschen reicht **trotz alledem!**

Winfried Rietdorf

Vorsitzender der Basisorganisation Wedding

Bericht aus der BVV

Mit deutlicher Mehrheit wurde das Bezirksamt ersucht, sich beim Land für eine **Reduzierung der Gebühren für die Anwohner-vignetten** einzusetzen, da die Höhe offensichtlich nicht nur den Verwaltungsaufwand abdeckt. Werden über Gebühren aber auch andere öffentliche Aufgaben finanziert, dann widerspricht das Gerechtigkeitsüberlegungen. Der Grundsatz, dass starke Schultern mehr zu tragen haben als schwache, wird so außer Kraft gesetzt.

Der Vorschlag des Fussballvereins „Tennis Borussia Berlin“, das **Poststadion** in ein reines Fussballstadion umzubauen, wurde vom Bezirksamt wegen der negativen Auswirkungen auf den Breitensport und wohl auch fehlender Seriösität nicht ernsthaft geprüft. TeBe wollte das verkehrstechnisch perfekt angebundene Stadion zu einer modernen Arena mit zahlreichen VIP-Logen ausbauen und sich selbst ein Image, vergleichbar mit dem des Hamburger Vereins FC St. Pauli, verschaffen. Regelmäßige Aufstiege und ein Zuschauerboom wurden einkalkuliert. TeBe war in der jüngeren Vergangenheit schon einmal außer-

gewöhnlich ambitioniert aufgefallen. Mit der „Göttinger Gruppe“ als Investor wurde viel Geld in die Hand genommen und die Teilnahme an der Champions League als Ziel ausgegeben. Kurz darauf ging der Verein fast in die Insolvenz und stieg in den folgenden Jahren gleich mehrmals ab.

Mit kreativem Protest im Kulturamt und einer Bürgeranfrage in der BVV haben Kulturschaffende vor einem langsamen Tod des **Theaterhauses Mitte** gewarnt. Im Theaterhaus arbeiten fast 500 freie Theaterschaffende an der Entstehung von ca. 300 Produktionen jährlich. Das niedrigpreisige Angebot ist insbesondere für Theaterschaffende und Gruppen interessant, bei denen es auf jeden Euro ankommt. Zentrale Forderungen ist, dass die kulturpolitische und finanzielle Verantwortung des Bezirksamtes Mitte für das 1992 von ihm gegründete Theaterhaus Mitte nicht in Frage gestellt wird, ein gleichwertiger Alternativstandort bereitgestellt und eine tragbare Übergangslösung rechtzeitig erarbeitet wird. Der Bezirk hatte entschieden, die finanzielle Unterstützung zu beenden und im Gebäude des Theaterhauses am Koppenplatz einen neuen Schulstandort zu errichten. Für einen langfristig sicher gestellten Erhalt der Kulturinstitution gibt es derzeit keine Pläne.

Der neue **Schulstandort** in den Räumlichkeiten des Theaterhauses hatte auch aus ganz anderen Gründen nicht nur Befürworter. Andernorts werden mit Verweis auf angeblich zu hohen Schulflächenverbrauch des Bezirks ganze Schulen geschlossen. Bezirksweit sind die Investitionen in die Gebäude für mehrere Jahre auf Eis gelegt worden. Für diesen neuen Standort werden demgegenüber erhebliche Summen für Umbaumaßnahmen fällig. So müssen die Badezimmer kindergerecht gestaltet und, um den von der SPD formulierten Ansprüchen behindertengerechter Räumlichkeiten nachzukommen, ein Fahrstuhl eingebaut werden.

Um den Standort kurzfristig zu realisieren musste die Anmeldezeit wegen mangelnder Resonanz verlängert werden. Einen Bedarf konnten Verantwortliche aus den umliegenden Schulen auch an ihren Anmeldezahlen nicht erkennen. Insofern spricht einiges dafür, dass hier einseitig dem Anliegen einer

Elterninitiative entsprochen wurde, die das gemeinsame Lernen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Gruppen ablehnt. Mit der neuen Schule wird es zu einer strikteren Trennung der Kinder aus dem bürgerlichen Mitte und den Kindern aus dem ökonomisch abgehängten Wedding kommen.



*Kaspar Scholemann
Bezirksverordneter DIE LINKE*

vom Umgang mit MigrantInnen in den Jobcentern

Als die Mütze vom Kopf fiel, trat eine Glatze zu Tage

Nach dem Bekanntwerden der Zwischenergebnisse einer vom Unternehmen Ramboll Management im Auftrag des Berliner Integrationsbeauftragten, Günter Piening, durchgeführten Studie in den Jobcentern ist die demokratische Öffentlichkeit empört. Was die/der eine oder andere Arbeit suchende Migrant/in früher mitunter über den Umgang der Mitarbeiter in vielen Jobcentern mutmaßte, hat sich nach einer Befragung von MigrantInnen und Mitarbeitern in den Jobcentern Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg bewahrheitet. Die Diskriminierung von MigrantInnen in diesen Einrichtungen ist zum ersten Mal ans Tageslicht gelangt. Diese Studie gewährt einen Blick hinter die Kulissen und hat – wie das obige türkische Sprichwort sagt – die Wahrheit zu Tage befördert.

Nach dieser Studie erleben rund ein Drittel der Erwerbslosen bei Beratungen in den Jobcentern Diskriminierungen. Lt. Bericht bekommen sie dort keine qualifizierten Informationen in Bezug auf ihre beruflichen Chancen und keine ernstzunehmenden Arbeitsangebote. Es bestehen von Seiten vieler MitarbeiterInnen massive Vorurteile. Bei vielen kursiert die Meinung, dass die MigrantInnen

sowieso nicht arbeiten wollen und ergo machen sich die Betreuer vielfach gar nicht die Mühe, diese Menschen zu fördern. Es herrscht nicht selten ein sehr arroganter und aggressiver Ton im Umgang mit diesen Menschen. Die Bezeichnung „Sippe“ für die Migrantengruppe gehört bei vielen MitarbeiterInnen zum üblichen und normalen Sprachgebrauch. Grundsätzlich assoziiert man nichtdeutsche Herkunft

mit mangelnder Bildung und schlechten Deutschkenntnissen. Auch die so genannte „interkulturelle Öffnung“ der Jobcenter, das Einstellen von mehr MitarbeiterInnen mit Muttersprachkenntnis zur besseren Betreuung und Eingliederung der MigrantInnen, wird von einem Drittel der MitarbeiterInnen in den Jobcentern abgelehnt.

Diese Studie zeigt, dass es auch in den Jobcentern – wie in vielen Teilen der Gesellschaft – ein Zwei- oder Mehr-Klassen-System gibt. Ohnehin geht jeder Arbeitssuchende mit gemischten Gefühlen zum Jobcenter und wird oft wie ein Bittsteller oder Schmarotzer behandelt, obwohl er nur um Unterstützung oder Arbeit ersucht, was sein gutes Recht ist. Umso verwerflicher ist es, wenn Unterschiede zwischen Menschen gemacht werden, die mit den gleichen Voraussetzungen dort vorsprechen.

Diese Studie hat den alltäglichen Rassismus, dem MigrantInnen ausgesetzt sind, verdeutlicht und zur Sprache gebracht. Am Arbeitsplatz, bei der Ausländerbehörde, bei der Meldestelle sieht es oft ähnlich aus.

Es ist einfach von Integration zu reden oder sie einzufordern, nach dem Motto „Jetzt integriere dich gefälligst!“ Zur Integration gehören beide Seiten, die Mehrheitsgesellschaft und die MigrantInnen. Integration kann nicht durch Zwang und Repressalien erzwungen werden. Drohungen und Sanktionen wie Leitungskürzungen bewirken das Gegenteil, nämlich, dass sich die MigrantInnen immer mehr zurückziehen in ihre Tradition und Kultur und sich von der Mehrheitsgesellschaft abschotten. Derartige Maßnahmen blockieren jeglichen Dialog und jede Integration.

Zu aller erst ist die Mehrheitsgesellschaft in der Pflicht. Sie muss bereit sein, andere Kulturen aufzunehmen, zu akzeptieren und lieben zu lernen, sie als Bereicherung und nicht als

Eingriff in die eigene Kultur zu sehen. Umgekehrt müssen sich die MigrantInnen der anderen Gesellschaft und Kultur öffnen und sich einzugliedern versuchen, dazu gehört allen voran der Spracherwerb.

Doch diese Bereitschaft wird nur erreicht, wenn sich die Menschen akzeptiert und anerkannt fühlen. Und dazu gehört eben auch die Gleichbehandlung im Jobcenter, am Arbeitsplatz und im übrigen Alltagsleben. Wenn die deutsche Gesellschaft in der Lage wäre, den Menschen, das Gefühl zu geben, dass sie anerkannt, erwünscht und willkommen sind, wäre Integration schon lange kein Thema mehr.

Es hilft wenig, wenn der Senat Millionen in die Kampagne „Be Berlin“ investiert, um damit in der Welt für eine tolerante und weltoffene Stadt zu werben, wenn in den eigenen Amtsstuben eine ganz andere Mentalität herrscht.



Daher ist es viel wichtiger, erst einmal diese alten Zöpfe abzuschneiden und das eigene Personal zu schulen, weiterzubilden und die Behörden in dieser „Welt“stadt interkulturell zu öffnen. Integration beginnt in den Köpfen! Wenn der Senat Integration erreicht will, muss er in die Menschen investieren und die bestehenden Missstände beseitigen. Dann kann Integration tatsächlich Realität werden und bleibt kein frommes Lippenbekenntnis.

Arslan Yilmaz

Durch Profitgier sind 856 Millionen Menschen dauerhaft unterernährt

Jedes Kind, das an Hunger gestorben ist, wurde ermordet

Die G8-Staaten sind nicht die alleinigen Herrscher der Welt, sie sind nur ein Symbol. Ein Symbol für gnadenlose Unterdrückung und Ausbeutung des größten Teils der Menschheit. In vorderster Linie stehen natürlich die unverblümt imperiale Verhaltensweisen an den Tag legenden Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch die Europäische Union hat in den letzten Jahrzehnten mit ihren Subventionen für Produktion und Export landwirtschaftlicher Produkte die Selbstversorgung eines ganzen Kontinents nahezu vernichtet und mit ihren Krediten dafür gesorgt, dass die Länder der dritten Welt den Großteil ihrer erwirtschafteten

Unternehmen, deren riesige Fang- und Verarbeitungsschiffe die Küstengewässer verwüsten.

Von den unter einer Milliarde in Afrika lebenden Menschen ist die Zahl der schwerst und dauerhaft Unterernährten in nur 30 Jahren von 81 auf 203 Millionen (Stand 2002) angewachsen. Stellvertreterkriege tun ihr Übriges, einen ganzen Kontinent der Hoffnungslosigkeit preis zu geben.

Um die Hunderttausende, die aus Überlebenswille den verbrannten Kontinent verlassen wollen, von den eigenen Grenzen fern-

zuhalten, leistet sich die EU eine halb geheime militärische Organisation „Zur Verteidigung der Außengrenzen Europas“ – Frontex – die mit hochseetauglichen Abfangschiffen, Kampfhubschraubern, einer Flotte von Überwachungsflugzeugen, die mit Nachtsichtkameras ausgestattet sind, Satelliten und hoch entwickelten Mitteln zur elektronischen Fernüberwachung Jagd auf die Hungernden macht, die von uns erst dazu getrieben wurden, ihr Land zu verlassen.



Foto: DW

teten Devisen dazu verwenden muss, Amortisationstranchen und Zinsen an die Gläubigerbanken des Nordens zu bezahlen, anstatt es für gesellschaftliche Investitionen verwenden zu können.

Die meist hoch verschuldeten Staaten verkaufen ihre Fischereirechte an ausländische

Der World Food Report FAO versichert, dass die weltweite Landwirtschaft normalerweise 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Wir sind aber heute nur 6,6 Milliarden Menschen auf diesem Planeten. Angesichts

dieser Vorgaben kann man aus der Tatsache, dass alle fünf Sekunden ein Kind verhungert, nur einen Schluss ziehen: „Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.“ Zu diesem Schluss kommt kein Geringerer, als der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Jean Ziegler, emeritierter Professor für Soziologie der Universität Genf und der Pariser Sorbonne. Er nennt in seinem Buch „Das Imperium der Schande“ Ross und Reiter und beschreibt ihre Methoden.

„Im Imperium der Schande, das von der organisierten Knappheit regiert wird, ist der Krieg nicht mehr vorübergehend, sondern permanent. Er ist nicht mehr eine Krise oder eine Pathologie, sondern der Normalfall. Er ist nicht mehr die „Verfinsterung der Vernunft“ – wie Horkheimer/Adorno in der „Dialektik der Aufklärung“ analysierten – sondern der eigentliche Da-seinsgrund des Imperiums. Die Herren des Wirtschaftskrieges plündern systematisch den Planeten. Sie attackieren die normative Macht der Staaten, sie zerstören die Volkssouveränität, untergraben die Demokratie, verheeren die Natur und vernichten die Menschen und deren Freiheit.“

Folgerichtig bezeichnet Ziegler die Naturalisierung der Ökonomie – die unsichtbare Hand des Marktes – und die Praxis der Profitmaximierung als strukturelle Gewalt. **„Die Verschuldung und der Hunger sind die zwei Massenvernichtungswaffen, die von den Herren der Welt eingesetzt werden, um die Völker, ihre Arbeitskraft, ihre Rohstoffe und ihre Träume zu versklaven.“**

Jean Ziegler geißelt aber nicht nur schonungslos die herrschenden Verhältnisse, er

zeigt auch auf, wie sie zu ändern seien.

„Die wirtschaftliche, soziale und politische Weltordnung, die vom Raubtierkapitalismus errichtet wurde, ist nicht nur mörderisch. Sie ist auch absurd. Sie tötet, aber sie tötet ohne Notwendigkeit. Sie muss radikal bekämpft werden.“

Wo ist Hoffnung? In der Weigerung des Men-



Foto: DW

schen, eine Welt zu akzeptieren, in der das Elend, die Verzweiflung, die Ausbeutung und der Hunger einer Vielzahl den relativen Wohlstand einer gewöhnlich weißen Minderheit gewährleistet. Der moralische Imperativ lebt in jedem von uns. Es geht darum, ihn zu wecken, den Widerstand zu mobilisieren und den Kampf zu organisieren. Ich bin der andere, der andere ist ich. Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir. Karl Marx: Der Revolutionär muss imstande sein, das Gras wachsen zu hören.“

Werner Schulten

Anmerkungen zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Das bestmögliche Schicksal für die Schwachen

Erste Zahlen des noch nicht veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung sind durchgesickert. Auch ohne die Bewertung der Autoren steht fest: Der Unterschied zwischen oben und unten wächst.

Die Zahlen unterscheiden sich etwas je nach Messmethode. Das Sozio-ökonomische Panel der Sozialforschungsstelle Mannheim weist 18 Prozent Arme aus. Nach den Methoden der EU sind es nur 13 Prozent. Auf jeden Fall ist die Zahl seit dem letzten Bericht gestiegen, auch wenn der Bericht die Größenordnung nicht beziffern will - wegen unterschiedlicher Datensätze. Allerdings hat das sozialistischer Sympathien unverdächtige Deutsche Institut für Wirtschaft unlängst genauere Trends veröffentlicht. Demnach hat die Zahl der Armen und Armutsgefährdeten seit 2000 um knapp 20 Prozent zugenommen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Wohlhabenden um fast den gleichen Prozentsatz. Die Mitte dagegen schrumpft.

Konservative und Sozialdemokraten argumentieren gern, dass die Spreizung der Einkommen leistungssteigernd wirkt. Die hohen Löhne im oberen Viertel der Einkommenspyramide motivieren die Leistungsstarken. So steigt der gesamtwirtschaftliche Out-Put, so dass im Prinzip mehr für alle da sei. Dass diese Steigerung der Wirtschaftskraft aber nicht notwendigerweise unten ankommt, wird weniger gern gesehen.

Sozialdemokraten haben sich am Anfang des Jahrzehnts für ihre Umverteilungspolitik gern des amerikanischen Philosophen John Rawls bedient. Auch er würdigte den Effekt, dass durch Leistungsanreize die Verteilungsmasse steigen kann. Allerdings wurde von der Hartz-

SPD nur der halbe Rawls zitiert. Denn für den linksliberalen Harvard-Professor war klar, dass der Maßstab einer gerechten Verteilung stets das Schicksal der Schlechtestgestellten sein muss. Mit einem aufwendigen Gedankenexperiment zeigt er, dass nur das vernünftig ist. Höhere Einkommen für die Leistungsträger sind für ihn deshalb nur dann gerechtfertigt, wenn von der allgemeinen Wohlstandssteigerung etwas für die Ärmsten übrig bleibt. Die neoliberale Politik der letzten Jahre hat aber genau zum Gegenteil geführt - die Armen sind ärmer und immer mehr geworden. Das Urteil Rawls, des prominentesten Gerechtigkeitstheoretikers des späten 20. Jahrhunderts, über den Neoliberalismus müsste daher verheerend ausfallen, wenn er nicht gestorben wäre, bevor das ganze Ausmaß der Umverteilung deutlich geworden ist.

Innerhalb des Rawlschen Modells könnte man die Umverteilung höchstens noch als Opfer für zukünftige Generationen auffassen. Dazu müssten aber die Reichen - 10 Prozent besitzen 60 Prozent des Vermögens - ihre Überschüsse im Inland investieren. Tatsächlich wird es auf den internationalen Finanzmärkten um den ganzen Globus gejagt und oft spekulativ angelegt.

Die Auswirkungen gegenwärtiger Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Zukunft sind ohnehin sehr ungewiss. Prognosen gelingen Wirtschaftswissenschaftlern nur, indem sie viele Variablen ausblenden. Man setzt sie einfach ceteris-paribus, das heißt man geht davon aus, dass sie sich nicht verändern und keine Auswirkungen haben. Beispielsweise wird üblicherweise die Bevölkerungsentwicklung ausgeklammert, obwohl wirtschaftliche Faktoren darauf deutlich einwirken, wie

wir spätestens seit dem Gebärstreik in der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung wissen. Die Folge: Selbst die Wirtschaftsprognosen für das kommende Jahr sind nicht genauer als ein Wetterbericht für nächstes Jahr (wobei die Meteorologen für langfristige Wetterberichte in den vergangenen Jahren größere Fortschritte erzielt haben als die Ökonomen bei ihren Prognosen). Der große Ökonom der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, John M. Keynes, sagte deshalb den Liberalen seiner Tage, die meinten, dass langfristig die Wirtschaft von selbst zu einem Gleichgewicht

sind nicht zuletzt die DIE LINKE und ihre Wähler verantwortlich. DIE LINKE hat gemeinsam mit den Gewerkschaften Themen wie den Mindestlohn auf die Tagesordnung gesetzt. Millionen von Wählern und Gewerkschaftsmitgliedern haben das unterstützt. Sie haben die SPD vor sich her getrieben, bis auch sie diese Forderung übernahm. Auch sonst führte die Präsenz der LINKEN im Bundestag zu einem Klimawechsel. Ohne diesen Rückenwind würde sich Jürgen Rüttgers sich wahrscheinlich gar nicht trauen, seine sozialpolitischen Vorschläge zu äußern.



käme, auch: „Auf lange Sicht sind wir alle tot.“

Zudem hat Rawls großen Wert auf Chancengleichheit gelegt. Dass diejenigen, die unten sind, kaum eine Chance haben, sich wieder emporzuarbeiten, ja dass sich Armut gar vererbt, das ist mit seinen Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft nicht zu vereinbaren.

Vor 10 Jahren gingen die progressiven Ideen von Rawls im Feuerwerk des neoliberalen Journalismus unter. Heute hat sich der Wind etwas gedreht. Armut und Chancengleichheit werden wieder als Problem gesehen. Dafür

Auch wenn man die Partei in Parlament und Medien noch schneidet, man hat Angst vor ihr. Deshalb kommt man den Gerechtigkeitsforderungen der Partei und der Bevölkerung, die nach einer Umfrage aus dem Jahr 1998 schon damals denen von Rawls ähnelten, punktuell entgegen. Durch diesen Klimawechsel hat DIE LINKE im Bund – ganz ohne Regierungsbeteiligung – mehr erreicht als durch Koalitionen in den Ländern. Das ist allerdings insofern nicht verwunderlich, als in der Sozialpolitik die Musik im Bund spielt.

„Zug der Erinnerung“ am Bahnhof Putlitzbrücke

Deckname David

Der „Zug der Erinnerung“ machte am 19./20.04.08 am Bahnhof Westhafen/Putlitzbrücke Station, nicht weit entfernt vom Mahnmal auf der Putlitzbrücke, das an die Deportation von über 30.000 jüdischen Bürgern und Bürgerinnen in die Vernichtungslager erinnert, die zwischen 1941 und 1945 von der zum Sammellager umfunktionierten Synagoge in der Levetzow-/Ecke Jagowstraße durch die Straßen zum damaligen Güterbahnhof an der Quitzowstraße getrieben wurden. Einen Halt auf dem Güterbahnhof selbst lehnte die DB ab.

Es war der einzige Halt im Bezirk Mitte. Eigentlich sollte der Zug auch im Hauptbahnhof halten. Doch wer möchte schon an die Beteiligung der Deutschen Reichsbahn bei der Ermordung von über einer Million Kindern und Jugendlichen erinnert werden, ausgerechnet jetzt, beim bevorstehenden Börsengang der Deutschen Bahn AG? Das passt nicht zum sauberen Image „eines der führenden Mobilitäts- und Logistikunternehmen weltweit“. Stattdessen kassierte die DB über 45 Euro für eine Stunde Halt auf einem Bahnhof, insgesamt bisher über 100.000 Euro. Somit profitierte die Bahn ein zweites Mal von den Deportationen.



Mahnmal an der Putlitzbrücke

Zwischen 1940 und 1945 organisierte die Reichsbahn effizient und zuverlässig den Transport in die Vernichtungslager (Deckname: David). Ein „Fahrschein“ für Erwachsene kostete 4 Reichspfennige, für Kinder und Jugendliche die Hälfte, Babys umsonst. Rabatte gab es bei über 500 Personen – als „Gruppenreise“ nach Auschwitz. Und wenn der Zug vor 12 Uhr mittags eintraf, war es möglich, seine Insassen noch am gleichen Tag zu vergasen. Das sparte Kosten – und die Reichsbahn war pünktlich.

Im Inneren des Zuges befindet sich eine Ausstellung, in der Fotos von Kindern gezeigt werden, die in die Kamera lächeln, Fotos von der Einschulung, mit Schultüte, beim Spielen am See, bei der Erstkommunion, Kinderfotos eben. Eine ganz normale Kindheit? Die Ausgrenzung vollzog sich Schritt für Schritt, dokumentiert in Gesetzen wie dem Verbot, Fahrräder, Straßenbahnen und Autos zu benutzen, dem Verbot der Haustierhaltung, dem Verbot, in „normale“ Schulen zu gehen und der Anordnung, den Judenstern zu tragen. Zwischen Oktober 1940 und Dezember 1944 wurden mehrere Hunderttausend jüdische Kinder, Sinti und Roma sowie Kinder von Nazigeignern aus ganz Europa in die Todeszüge getrieben und deportiert, . Nur wenige kehrten zurück.

Das alles geschah am helllichten Tag. Aber niemand schritt ein. Und nach 1945 wollte es keiner gewesen sein, keiner hat angeblich

irgendetwas gewusst. Die Schreibtischtäter setzten ihre Karrieren bei der Deutschen Bahn fort. Nach ihnen wurden sogar Konferenzräume benannt; einer organisierte später die Sonderzüge für die sog. „Gastarbeiter“.

Die Deutsche Bahn AG hat offiziell das Erbe des „Sondervermögens Deutsche Reichsbahn“ angetreten und damit auch deren politisches Erbe. Die Weigerung, den Zug der Erinnerung zu unterstützen und stattdessen noch Geld für die Fahrt und die Stellzeiten in



Rechnung zu stellen, ist skandalös und ein Umdenken der Verantwortlichen dringend erforderlich.

Verantwortung für Geschichte zu übernehmen heißt, daraus zu lernen.

Grundlage für den Massenmord war die Rassenideologie der Nazis, wonach Menschen sich angeblich in „Rassen“ unterteilen ließen und selbstverständlich die eigene die allen anderen überlegene, die Herrenrasse sei. Ziel war die „Reinhaltung“ dieser Rasse, mithin die Vernichtung aller „Fremdrassen“ wie Juden, Sinti und Roma sowie aller „defekten“, also kranken, behinderten Menschen (Euthanasie), der Homosexuellen sowie der als „asozial“ bezeichneten Angehörigen der Unterschicht.

Rassismus kann tödlich sein. Und der

Schoß ist fruchtbar noch... Einer Befragung zufolge räumte jüngst erst jeder 13. Jugendliche ein, eine Straftat mit rechtem Hintergrund begangen zu haben. Das Denkmal an der Putlitzbrücke wurde schon oft mit Hakenkreuzen besprüht.

Festzuhalten ist: „Menschenrassen“ gibt es nicht. Jeder Mensch unterscheidet sich genetisch vom anderen und ein Zusammenhang zwischen körperlichen Merkmalen und dem Verhalten, gar eine Überlegenheit bestimmter „Menschentypen“ über andere entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage – so sehr sich Rassisten auch immer um diesen Nachweis bemüht haben. Menschen in Rassen einzuteilen ist rein ideologisch motiviert, wobei die eigene „Rasse“ natürlich immer als die überlegene angesehen wird. Es geht um Macht, um Herrschaft von Menschen über Menschen. Und wohin das führt, das können wir aus der Geschichte lernen. Daher ist es wichtig, die Geschichte von Generation zu Generation weiterzugeben, z. B. durch SchülerInnenprojekte wie im Rahmen der Ausstellung: „Wie war das bei uns, in unserer Stadt, in unserem Stadtteil?“

„Wir achten das Recht auf Leben, wir wollen Frieden, Freiheit und ein tolerantes Miteinander. Wir wenden uns aktiv gegen rassistisches, neofaschistisches und antisemitisches Gedankengut.“ (Harald Wolf, DIE LINKE.Berlin, beim Mahngang am 12.04.08)

Der Zug der Erinnerung ist ein Projekt von Deutschen Bürgerinitiativen. Ziel des Zuges ist das Staatliche Museum Auschwitz (Oswiecim) in Polen, wo er Zug am 8. Mai, dem 63. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, ankommen wird (www.zug-der-erinnerung.eu).

Die Ausstellung wurde bisher von ca. 200.000 BesucherInnen gesehen.

Rassismus entgegentreten - NPD verbieten!
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Brian E. Janßen

Beobachtungen und Gedanken in der Nacht:

Endlich Frühling im Wedding ?

Ja, es ist festzustellen, der Frühling hat Einzug gehalten. Selbst ich, der manchmal nur schwer begreifen will, habe es einsehen müssen, es ist Frühling. Und so sitze ich jetzt mitten in der Nacht am Rechner und schreibe diese Zeilen. Das Fenster ist offen, und draußen es ist tatsächlich still.

Das ist nicht selbstverständlich, denn mit dem Frühling beginnt auch wieder das nächtliche Leben auf den Straßen. Auch ich dachte mir, wenn du über den Frühling schreiben willst, dann geh vor die Tür und schau dich um. An dieser Stelle also einige Gedanken und Eindrücke von einem zweistündigen Spaziergang durch den Wedding zu späterer Stunde.

Als ersten Anlaufpunkt wähle ich mir den Imbiß auf dem Mittelstreifen an der Kreuzung See- Ecke Müllerstraße. Auf dem Weg dorthin ist deutlich zu schmecken, es liegt Frühling in der Luft. Auf den Straßen: Ruhiges Treiben. Ich mache mir so meine Gedanken. Es ist nicht immer ruhig in den Straßen vom Wedding. Es wäre gelogen, dieses zu behaupten. Und es ist in einem Bezirk wie diesem auch kein Wunder, wo so mancher mehr versucht zu überleben, als am Leben teilzunehmen.

Wer abends oder nachts auf den Straßen unterwegs ist, der trifft oft auf die privaten Tragödien seiner Mitmenschen, die zwischen Arbeitslosigkeit, HartzIV, Perspektivlosigkeit und Geldsorgen oft nicht mehr ein noch aus wissen. Privates Glück ist selten geworden. Da hilft es auch nicht, wenn so mancher in den Wedding gelockt wird, um den Thrill von Untergrund, Subkultur und ein wenig Schieberei zu erleben. Die Probleme sitzen tiefer.

Am Imbiß angekommen, bestelle ich mir ein

leckeres Menü, von welchem der vom Frühling ebenfalls bestgelaunte Verkäufer beim Einwickeln - mehr zu sich selbst, als zu mir - meint: „Eine Kalorienbombe also!“ Er lacht. Wo er Recht hat, hat er Recht, denke ich mir. Bin gespannt, wie lange es noch dauert, bis Kalorienbomben nach 22.00 Uhr verboten sind. Schließlich sollen wir alle gesund und lebensfroh, körperlich ertüchtigt und zufrieden ein langes und erfülltes Leben leben.

Ich schaue in die Gesichter der Menschen, die an der Haltestelle auf die nächste Straßenbahn warten. Was ich sehe, ist zum Teil weit vom Frühling entfernt. Sorgenvolle Mienen, das eine oder andere mißmutige Gesicht, gehetztes Dasein. Ein Liebespaar hält sich so eng umschlungen, daß man meinen könnte, sie hätten sich auf der Stelle zu trennen, weil Er oder Sie einfach keine Chance mehr hat.

Mir fällt wieder ein, daß ich gerade das vermutlich letzte Geld vom Konto abgehoben habe. Dass meine Fixkosten im Monat mal eben reichlich angestiegen sind, obwohl ich von Jahr zu Jahr versuche, von allem weniger zu verbrauchen. Ich frage mich, wovon ich eigentlich all das bezahlen soll, was ein moderner, gesunder und abgesicherter Mensch so sein Eigen nennt.

Wenn ich das Wort Rente höre dann fällt mir nichts ein. Ich fange an zu lachen und tröste mich damit, daß der Mensch im Prinzip die Chance hat, 120 Jahre alt zu werden. Das sei jedenfalls das Maximum nach geltender Auffassung. Da habe ich ja noch Chancen, meine Pflichtbeitragsjahre für die Rente zusammenzubekommen.

Während ich das denke, gehe ich mit mei

nem Menü über die Kreuzung. Mir fällt auf, daß der Rasen auf dem Mittelstreifen in der Müllerstraße dieses Jahr unnatürlich grün aussieht. Ich frage mich, ob das normal ist, und gehe die Ungarnstraße entlang am katholischen Friedhof vorbei.

Dann suche ich mir eine Bank im Schillerpark und mache mich über mein Menü her. Von Ferne ist das Krakeelen einer Gruppe halberwachsener Abkömmlinge meiner Gattung zu vernehmen. „Ha, ho, he – Hertha BSC!“. Dann Gesänge, deren Inhalt unartikuliert durch den Äther dringt. Schließlich versucht man sich an der Nationalhymne. Klar, eine Hymne auf die Nation. Ich denke, dass wir früher auch unsere Probleme hatten, und dass Pubertät heute wohl überhaupt nicht lustig ist.

Ich habe aufgegessen und gehe weiter. Den Abfall entsorge ich in einem Mülleimer. Ich denke an den vielen Müll. Aber heute will ich guter Laune bleiben. Ich beobachte das sorglose Treiben der Kaninchen. Als ich einen großen Haufen alten Brotes im Gebüsch liegen sehe, über den sich gerade eine vergnügliche Ratte her macht, mache ich mir kurz noch Sorgen, ob ich ein Spießer sei, weil ich immer meinen Abfall in den Abfalleimer tue. Ich werde mich wohl nicht ändern können.

An der nächsten Straßenkreuzung hängen sie dann wieder! „Flugzeuge für Reiche?“ oder so ähnlich, steht da drauf. Und auf den anderen steht geschrieben: „Ich bin ein Berliner“! – Ich kann mir nicht helfen, aber die Vermutung liegt nahe, dass diese Stadt andere Probleme hat als die Frage „Ja oder Nein“ zu einem Projekt, das bereits vertraglich beschlossen ist. Eine Volksklammer, deren Höhepunkt heute, wir haben es 2.44 Uhr am Sonntagmorgen, gebührend inszeniert werden wird.

Wie wäre es wohl mit einem Volksentscheid über die Einstellung von mehr Lehrern und

Erziehern? Oder mehr Freizeitangebote für Jugendliche? Oder überhaupt? Diejenigen Lehrer jedenfalls, die ich kenne, arbeiten überall – nur nicht in Berlin, weil sie hier keine Anstellung bekommen. „Arm (im Geiste) aber sexy“ denke ich, und das ist auch gut so. Und ein Pflüger macht noch kein Korn, aber ‚Be Berlin‘!

Na, denke ich, nun ist es aber auch gut. Schließlich haben wir es ja Frühling und schau, da kommt ein Mann aus dem Gebüsch und schleicht von dannen. Am Brienzer Eck steht dann eine einsame Gestalt vor der Kneipe und raucht. Mir fällt meine Kalorienbombe wieder ein, und ich bin kurz versucht mich zu der Gestalt zu gesellen und ihr Mut zu machen, denn zwei Sündige sind mehr als einer. Doch die Gestalt verschwindet wieder in der Eckkneipe. Kurz darauf fährt ein Reisebus die kleine Straße entlang. Der Fahrer freut sich bestimmt auch darauf, seinen 110. Geburtstag im Kreise seiner Lieben zu verbringen, und chauffiert den Bus auf das Betriebsgelände. Auf dem Bus steht „Sonnenschein Reisen“.

Nun reicht es aber auch mit dem Frühling. Noch ein kleiner Belastungstest meiner Gesamtkonstitution und dann nach Hause an den Rechner. Ich betrete den Abfertigungsraum einer Fastfood-Kette und bestelle. Manchmal muss man sich eben auch selbst bestrafen können.

Auf der Theke werden Nachrichten feilgeboten. In den berühmten roten Lettern steht ungefähr geschrieben, dass es jetzt um die Wurst geht, dass alles verloren ist, dass ganz Tempelhof gerettet werden muss. – Ach ja, denke ich, nehme meinen Fleischtaler im Pappebrötchen und setze mich auf den Luise-Schröder Platz. Der Verkehr fließt unerschrocken wie eh und je an mir vorbei, ich beiße in mein Fastfood und bemerke, dass es Frühling ist.

A., Janoph

Jugendpolitik in Mitte

Unser rot-roter Senat, der sicher auch positive Errungenschaften für die Bürgerinnen und Bürger Berlins gebracht hat, wurde von Thilo Sarrazin (SPD) in eine nicht mehr zu verantwortende Sparpolitik gedrängt, die über die Kürzungen der Bezirkszuweisungen dazu führt, im für die Zukunft wichtigsten Bereich, der Jugendpolitik, radikale Einschnitte vorzunehmen. So wurden alleine in Mitte bereits für das laufende Jahr massive Streichungen vorgenommen wie:

Schließung der Kinder- und Jugendbibliothek
– Investitionsstop für Schulen, Spielplätze, kommunale Freizeiteinrichtungen wie die in der Bredowstraße – Halbierung der Mittel für

Jugendferienunterstützung für einkommensschwache Familien – Schließung bzw. Abgabe aller drei Jugenderholungseinrichtungen – Kürzungen beim Internationalen Jugend-, Kultur- und Bildungszentrum Omayra – Kürzung der Mittel für Jugendberufshilfe – deutliche Reduzierung der Lehrmittel usw. Für 2009 sind weitere Einschnitte zu erwarten, da im laufenden Doppelhaushalt noch weitere sechs Millionen Euro eingespart werden sollen.

Angesichts dieses traurigen Zustandes ist es an der Zeit, dass sich der Koalitionspartner DIE LINKE Gedanken macht über die Zukunft unserer Jugendpolitik.

Werner Schulten

Veranstaltung der Basisorganisation 378 am Mittwoch 21. Mai 2008 20.00 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus – Kleine Alexanderstr. 28 – 10178 Berlin

Jugendpolitik in Mitte

Welche Perspektiven bietet ein linker Ansatz in der Jugendpolitik und: Gibt es einen solchen Ansatz überhaupt? Was kennzeichnet ihn? Was bedeutet das für die bezirkliche Jugendarbeit? Was sind die aktuellen Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien? Wie wird Jugendhilfe im Bezirk diesem Bedarf gerecht? Wie entwickelt sie sich weiter?

Diesen Fragen widmen sich

Rainer Maria Fritsch, Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen

Susanne Fünfstück, Bezirksverordnete DIE LINKE

Peter Bohl, Leiter der ver.di Jugendbildungsstätte Konradshöhe

Alle interessierten BürgerInnen sind eingeladen, mitzudiskutieren.

Impressum: uff'n wedding wird im Eigendruck herausgegeben vom LinksTreff Wedding e.V. Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen. V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: uffnwedding@linkstreff.de

web: www.linkstreff.de

**Beratung und Information
zu Hartz IV/Schuldnerfragen
sowie Wohnung/Miete**

**jeden 1. Mittwoch/Monat 17 - 19.00 Uhr
durch RA René Wenker**

Fragen und Informationen zu Hartz IV
jeden Donnerstag von 17.00 - 19.00 Uhr

Informationen zur
Basisorganisation der LINKEN im Wedding
Montag bis Freitag von 16.00 bis 19.00 Uhr